

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVIII/101

28. Mai 1978

Bundesrepublik Deutschland

Ein ständiger Faktor der Wollpolitik

Seite 1, 42 Zeilen

Vorrangig anwendungsorientiert

Die Aufgaben der Berufsbildungsforschung

Von Dr. Klaus von Dohnanyi

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 1a, 32 Zeilen

Volksfront in der SPD

Ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver des
Herrn Biedenkopf

Von Hermann Buschfort MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Arbeit und Sozialordnung

Seite 2 und 3, 92 Zeilen

Offen für alle

Ein Dialog zum Selbstverständnis von
Katholischer Kirche und Sozialdemokratie

Von Dr. Peter Gloss MdB

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes
Bayern

Seite 4 und 5, 70 Zeilen

Gefährlicher sozialer Sprengstoff

Die EWG und die ausländischen Arbeitnehmer

Seite 6 und 7, 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 809 846 / 866 847
© 1978, PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Bundesrepublik Deutschland

Ein stabiler Faktor der Weltpolitik

Diese Feststellung ist gerechtfertigt: Die Bundesrepublik Deutschland gehört in einer Zeit voller Unruhe und großer Gefahren - man braucht nur einen Blick auf die Weltlage zu werfen - zu den sichersten und stabilsten Faktoren in der Weltpolitik. Die Bundesrepublik Deutschland genießt in der ganzen Welt ein Ansehen, wie kein deutscher Staat jemals zuvor. Das ist nicht allein durch die Tatsache bedingt, daß die BRD heute zur zweitgrößten Handelsmacht und zur viertgrößten Industrienation zählt. Ihre begehrten Industrieprodukte finden in Nord und Süd, in Ost und West willige Abnehmer. Ein blühender Handel bewirkt auch den Wandel.

So bedeutend auch die Bundesrepublik als Wirtschaftsmacht und willkommener Handelspartner sein mag, noch wichtiger ist heute die Rolle, die ihr im politischen Koordinationssystem Europas zukommt. Niemand mehr bezweifelt ihren durch Nüchternheitssinn gekennzeichneten aktiven Friedenswillen. Sie hat ihm durch die von der Regierung Brandt/Scheel neubelebte Ostpolitik ausdrucksvollen Gehalt gegeben und dabei nicht den Blick für das europäische Einigungswerk verloren. In Bonn treffen sich Staatsmänner aus Ost und West, und sie finden in ihren deutschen Gesprächspartnern loyale und aufmerksame Partner.

Der Mut, den die Regierung der sozialliberalen Koalition bewies, und die Weitsicht, die dahintersteckte, als sie sich zur Anerkennung der durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges geschaffenen geographischen Realitäten und zur Preisgabe von politikhemmenden Illusionen entschloß, nötigte vielen Teilen der Welt Respekt ab. Der Grundvertrag zwischen der BRD und der DDR wird von manchen ausländischen Staatsmännern als Modell gepriesen, wie man trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme Probleme, die unlösbar schienen, doch halbwegs befriedigend lösen kann. Der gewiß noch mit manchen Schwierigkeiten beladene und erst in den Anfängen steckende Normalisierungsprozeß mit den Staaten und Völkern Osteuropas bewirkte eine Veränderung des politischen Klimas, das unsere Freunde und Verbündete als Erleichterung für sich selbst und unseren Kontinent bewerten. Aus der Mitte Europas, von der in diesem Jahrhundert zwei verheerende Weltkriege ausgingen, werden aller menschlichen Voraussicht nach keine den Kontinent in Furcht stürzende Entwicklungen mehr erfolgen. Die nun gebauten Pfeiler, die das Gebäude des Friedens tragen, halten auch kommenden Belastungen stand.

Dies bleibt das dauernde Verdienst der Regierung der sozialliberalen Koalition. Sie nahm zur rechten Zeit die Gelegenheit wahr, den Saum des Mantels der Geschichte zu fassen. Die Unionsparteien haben es versäumt, dies zu tun. Deshalb stehen sie auch weltpolitisch im sterilen Abseits. (ex/28.5.1973/bgy/ex)

+ - +

Vorrangig anwendungsorientiert

Die Aufgaben der Berufsbildungsforschung

Von Dr. Klaus von Dohnanyi

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung in Berlin hat seit seiner Gründung im Jahre 1970 eine beachtliche Aufbauleistung erbracht. Es ist zu wesentlichen Teilen dem seinerzeit zuständigen Bundesminister Walter Arendt zu verdanken, daß der heutige Stand in relativ kurzer Zeit erreicht werden konnte.

Nach dem 1969 verabschiedeten Berufsbildungsgesetz ist es Aufgabe des Bundesinstituts, "durch Forschung die Berufsbildung zu fördern". Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Reform der Berufsbildung sind alle daran Beteiligten, insbesondere auch der Bildungsminister, dringend an praktischen Forschungsergebnissen des Bundesinstituts interessiert, um sie in die überfällige Reform einbringen zu können. Die Forschung des Instituts muß daher aus der Sicht der Bundesregierung vorrangig anwendungsorientiert sein.

Eines der Forschungsgebiete, auf dem die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt anwendungsfähige Ergebnisse benötigt, ist das der Ausbildungsordnungen. Hier geht es darum, über kurzfristige "Reparaturen" hinaus neue Konzeptionen zu entwickeln. Besonders wichtig ist dabei die Festlegung und Abgrenzung von Berufsfeldern, innerhalb derer eine breit angelegte berufliche Grundbildung vermittelt werden kann.

Es wäre aus der heutigen Sicht der beruflichen Bildung als eines Bestandteils des gesamten Bildungssystems falsch, Berufsbildungsforschung für schulische und betriebliche Felder streng getrennt zu betreiben. Eine erste Stufe der Kooperation mit den Ländern im Rahmen der Forschungsarbeiten des Bundesinstituts ist im vergangenen Jahr im Verfahren der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplätzen erreicht worden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich die für das berufliche Schulwesen zuständigen Bundesländer in Zukunft noch stärker an der Arbeit des BBF beteiligen könnten. Die Bundesregierung wird den Ländern entsprechende Vorschläge unterbreiten.

(-/28.5.1973/bcy/ex)

+ + +

Volksfront in der SPD ?

Ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver des Herrn Biedenkopf

Von Hermann Buschfort MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

In der "Wirtschaftswoche" vom 1. Mai 1973 hat Prof. Kurt Biedenkopf unter dem Titel "Volksfront in der SPD" einen Beitrag veröffentlicht, der darauf schließen läßt, daß Herr Biedenkopf das Feld der Wissenschaft inzwischen verlassen hat und dabei ist, wissenschaftlich verbrämte Parteipolitik zu betreiben.

Er befaßt sich zu einer Zeit mit Grundlagenforschung in Sachen SPD-Wirtschaftspolitik, wo die CDU/CSU von der politischen Bühne nahezu abgetreten ist und sich in innerparteilichen Streitigkeiten erschöpft. Das Scherbengericht über den Fraktionsvorsitzenden Barzel und die überraschende Wahl des Parlamentsneulings Carstens zum Fraktionsvorsitzenden sind die einzigen Leistungen der Union seit ihrer zweiten Wahlniederlage im November 1972. Der neue Fraktionsvorsitzende hat offenbar nur deshalb so viele Stimmen bekommen, weil er sich in der kurzen Zeit seiner Parlaments-tätigkeit noch nicht zu viele Feinde gemacht hat und jeder Gruppe noch die Hoffnung lassen konnte, er werde auf ihre Linie ein-schwenken.

In den Untergliederungen der CDU/CSU herrscht Unsicherheit und Besorgnis darüber, ob die Union in absehbarer Zeit zu den entscheidenden politischen Fragen überhaupt noch Beschlüsse zustande bringt, die über nichtssagende Phrasen hinausgehen. Seit 1969 waren es fast immer nur mutige Minderheiten in dieser Partei, die zu wichtigen politischen Fragen (Betriebsverfassung, UNO-Beitritt) positive Vorstellungen hatten.

Gerade auf dem Felde der Wirtschaftspolitik hätte es die CDU/CSU bitter nötig, Bestandaufnahme zu machen und aus der besonnenen Vergangenheit in die raue Gegenwart zu treten. Statt dabei eine Hilfestellung zu geben, zieht es Herr Biedenkopf angesichts des desolaten Zustands seiner Partei vor, ein düsteres Bild der künftigen SPD-Wirtschaftspolitik zu zeichnen. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß sein Beitrag weder eine Analyse der grundlegenden Wirtschaftsprobleme, noch den Gedanken über die Weiterentwicklung oder die Korrekturbedürftigkeit unseres Wirtschaftssystems enthält. Bezeichnend ist es auch, daß er den Begriff "Marktwirtschaft" stets ohne das Attribut "sozial" verwendet. Ich kann aus diesem Vorgehen nur schließen, daß für ihn die soziale Komponente in der Wirtschaftspolitik von untergeordneter Bedeutung ist und daß sie ihm als Ansatzpunkt sozial-demokratischer Wirtschaftspolitik unangenehm ist.

Aufbauend auf den unterschiedlichen theoretischen Standpunkten der verschiedenen Gruppierungen in der SPD versucht Herr Biedenkopf seine in der Einleitung des Artikels erhobene Behauptung zu untermauern, in der SPD gebe es heute "zwei in Programm und Prinzip verschiedene politische Gruppen: eine sozialistische und

„eine marxistische“. Nur durch die Beseitigung des programmatischen Widerspruchs zwischen Sozialisten und Marxisten sei in Hannover die Einheit der Partei gerettet worden.

Aus diesen „Feststellungen“ zieht Herr Bidenkopf den Schluß, daß die SPD unter Aufgabe des Godesberger Programms eine totale Staats- und Planungswirtschaft anstrebe.

Als unerschütterliche Gegenposition stellt er den festen Glauben an die „Fähigkeiten der Marktwirtschaft zur schnellen und objektiven Konfliktlösung“ hin. Meint er dabei etwa marktinterne Konflikte zwischen den Unternehmern, die in der Regel zu Lasten der Arbeitnehmer und Verbraucher durch Preisbindungen, Preisabsprachen, Preisempfehlungen, Marktaufteilungen, Aufkäufe oder Fusionen gelöst werden? Genau an diesem Widerspruch im gegenwärtig praktizierten System der Marktwirtschaft geht seine Argumentation vorbei. Für ihn ist dieser Widerspruch nicht existent oder zumindest nicht so gravierend, als daß man tiefgreifende Maßnahmen in Erwägung ziehen müßte.

Im Gegensatz zur CDU/CSU hat die SPD auf ihrem Parteitag in Hannover zu diesen Punkten Stellung bezogen und für viele Beobachter kat. sicherlich die weitgehende Übereinstimmung zwischen Pragmatikern und Theoretikern überraschend.

In entscheidenden wirtschaftlichen Fragen wie Rahmenplanung, Investitionskontrolle, Mitbestimmung, Bodenrechtsreform und Steuerreform wurden vom Parteitag konkrete Forderungen aufgestellt, deren Verwirklichung der Wahlkampfplattform, dem Wählerauftrag, der Regierungserklärung, dem Godesberger Programm und den grundsätzlichen Maßstäben voll gerecht wird. Politik im Rahmen des Grundgesetzes und im Rahmen des Godesberger Programms ist aber keine Volksfrontpolitik. Auffassungen der CDU/CSU über Eigentum und wirtschaftliche Freiheit sind nicht Bestandteil des Grundgesetzes und die einschlägigen Stellungnahmen so unverdächtigster Institutionen wie des Bundesverfassungsgerichts und der christlichen Kirchen zu Eigentums- und Wirtschaftsfragen müßten auch den konservativsten Unionspolitiker wachgerüttelt haben. Daß ein Teil der SPD-Parteitage delegierten die Parteitagebeschlüsse aus einer theoretischen Position heraus gestellt hat, ein anderer Teil dagegen pragmatische Überlegungen zum Handlungsmaßstab macht, ändert nichts an dem Erfolg einer breiten Mehrheitsbildung. Ebenso scheint es mir müßig, darüber zu streiten, wo die Systemveränderung endet und die Systemüberwindung anfängt. Sicher ist, daß in der Gesellschaft von 1980 oder 1990 Forderungen gestellt und verwirklicht werden, die heute noch als revolutionär gelten.

Die SPD stellt sich bereits heute diesen Zukunftsfragen, während die CDU/CSU sich an nicht mehr haltbare Auffassungen klammert. Versuche zur Entrümpelung kommen bei der Union fast immer zu spät. Die Union braucht sich deshalb auch nicht zu wundern, wenn ihr, nach ihrem erbitterten Anfeuern gegen vieles, was inzwischen schon selbstverständlich geworden ist, der Wähler keine konstruktive Politik mehr zutraut. (-/28.5.1973/ks/ex)

Offen für alle

Ein Dialog zum Selbstverständnis von
Katholischer Kirche und Sozialdemokratie

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Bayern

In diesen Wochen und Monaten versuchen Unionspolitiker, die sich als "Bodentruppen des lieben Gottes" verstehen, erneut den langfristig angelegten, grundsätzlichen Dialog zwischen Katholischer Kirche und Sozialdemokratie zu stören, ihre vordergründigen, propagandistischen Attacken im Zusammenhang mit der Diskussion um die Reform des Paragraphen 218 StGB, über manche katholischen Laienorganisationen geschickt vorgetragen, vergiften die Atmosphäre und bringen emotionale, unvorsichtige, verletzende Äußerungen auf allen Seiten hervor. Wer der Nutznießer derartiger Entwicklungen wäre, ist klar: Die auseinanderstrebende Union, die sich zurückwünscht in die herrlichen Zeiten ungebrochener Kanzel-Unterstützung, die von Gesellschaftspolitik zu entbinden schien.

Unbeeinflusst von diesem Sperrfeuer haben sich am vergangenen Wochenende die SPD-Spitze und namhafte katholische Christen, vor allem Theologen, bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Münster-Eifel zusammengefunden. Es ging nicht um vordergründige Tagespolitik, sondern eben um das "Selbstverständnis" beider gesellschaftlicher Kräfte, um "Freiheit und Toleranz". Angeführt von Herbert Wehner und Heinz Kühn waren vom SPD-Vorstand Georg Leber, Dr. Diether Posser, Holger Börner, Wilhelm Dröscher, Hans Koschnick und Dr. Hans-Jochen Vogel sowie Landes- und Bundespolitiker gekommen. Von katholischer Seite nahmen Prälat Stein und Dr. Frey vom Katholischen Büro, - vor allem aber viele prominente Theologen - teil: Karl Rahner und Franz Boeckle, Hermann Josef Wallraff, Peter Lengsfeld und manche andere.

Da spürte man nichts mehr von der emotionalen 218-Debatte. Franz Boeckle hatte gleich am Anfang des Gesprächs glasklar definiert: Bei sittlichen Fragen gebe es keinen Gehorsam, sondern nur Folgen aus Einsicht. Sein "Nein" zu jeder Abtreibung blieb völlig unzweifelbar, nur war sie keine Verteidigung eines kaum

Schutz bietenden Paragraphen, sondern moralische Entscheidung. Und damit war dies aufgeplusterte Thema vom Tisch, man kam zum ungeheueren Problemdruck dieser Jahre und zu den umkämpften, umstrittenen Lösungsvorschlägen: zum Toleranzproblem, zur Mitbestimmung, zum Spannungsverhältnis von Individuum, gesellschaftlichen Gruppen und Staat, zur Machtfrage.

Das Gespräch war kein Anfang, der war 1958 in der Katholischen Akademie in München gesetzt worden. Und es war natürlich kein Schlußpunkt. Aber es war gewiß eine geistige Auseinandersetzung mit dem Willen zum Verständnis. Böckles scharfe Kritik am Naturrechtsverständnis der Kirche - er erinnerte unnachlässig daran, daß die deutschen Bischöfe noch 1953 die Hierarchie zwischen Mann und Frau in der Ehe aus dem Naturrecht gefolgert hatten - erregte bei den sozialdemokratischen Gesprächspartnern ebensoviel Interesse wie Pater Wallraffs Ausruf: "Ohne starke Gewerkschaften würde es für mich Zeit, auszuwandern."

Die Sozialdemokraten halten fest an der "Pluralität der Motivationen", aus denen heraus man Sozialdemokrat sein kann, sie erläuterten die Ergebnisse des Hannoverischen Parteitages und schilderten den Kirchenmännern jene "Säkularisierung der Sinnfrage", die sich heute in der Sozialdemokratie zeigt: In dem Hereinströmen von Tausenden jüngerer Mitglieder, die "ihren" Lebenssinn in der Politik zu verwirklichen suchen. Herbert Wehner zitierte den Adolf Arndt von 1958: Die Demokratie sei "kein Konzil wetteifernder Weltanschauungen".

Im übrigen war viel von einem neuen Begriff die Rede, den die französische Kirche geprägt hat: "Äquidistanz", gleicher Abstand der Kirche zu allen Parteien. Wenn man die politische Szene in Frankreich, - ausgeprägter Laizismus, eine starke kommunistische Partei - im Auge hat, ist dies eine bemerkenswerte Konzeption. In der Bundesrepublik muß sie allerdings erst verwirklicht werden, denn hier ist - zumindest für Teile der Amtskirche - die Union immer noch "gleicher" als andere Parteien.

Die kirchliche Hierarchie war zu diesem Gespräch nicht erschienen, und manch einer der Gesprächsteilnehmer aus der Kirche empfahl das systematische Gespräch an der Hierarchie vorbei. Doch auch hier blieb die sozialdemokratische Position differenziert: Gewissensentscheidungen freigeben, den Dialog fortführen - offen für alle. (-/28.5.1973/bgy/ja)

+ + +

Gefährlicher sozialer Sprengstoff

Die EWG und die ausländischen Arbeitnehmer

"Der soziale Zustand der Gastarbeiter ist eines sozialen Rechtsstaates nicht würdig." Dieses Urteil eines Direktors der Bundesanstalt für Arbeit faßt exakt das Ergebnis des XXII. Europäischen Gesprächs des DGB im Rahmen der Ruhrfestspiele Recklinghausen zusammen. Mit seinem diesjährigen Thema "Die EWG und die ausländischen Arbeitnehmer" hatte der DGB einen der schwierigsten Komplexe der nationalen und europäischen Sozial- und Gesellschaftspolitik zur Diskussion gestellt. Die elf Millionen ausländische Arbeitnehmer in Westeuropa scheinen inzwischen zu einem Modethema geworden zu sein; doch zeigten die in Recklinghausen von kompetenten deutschen und europäischen Gewerkschaftern, Beamten und Publizisten angestellten Analysen deutlich, daß sich am Gesamtzustand der Wanderarbeitnehmer noch nichts wesentlich verbessert hat. Das für uns alle beschämende Urteil des Direktors der Nürnberger Anstalt gilt allerdings für alle europäischen Aufnahmeländer von Gastarbeitern. Die Bundesrepublik gehört sicher zu den Staaten, in denen Gewerkschaften, Behörden und Wohlfahrtsverbände mit am meisten für die Integration der vier Millionen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen tun.

Das Gastarbeiterproblem enthält gefährlichen sozialen Sprengstoff. Vor allem die Arbeitnehmer aus EG-Drittländern, die nicht unter die EWG-Freizügigkeitsregelungen fallen wie etwa die Italiener, werden als eine industrielle Reservearmee von Unternehmern wie auch von Arbeitsvermittlern und Leiharbeiterfirmen oft skrupellos ausgenutzt. Dies vor allem dann, wenn sie illegal eingereist sind und dann hier eine Arbeit angenommen haben. Der "schwarze Arbeitsmarkt" fördert ein neues Sub-Proletariat von Unterprivilegierten und die Ghettobildung. Dadurch werden Vorurteile und Ressentiments unter den europäischen Völkern eher gefördert als abgebaut. Als Beispiel wurde in Recklinghausen angeführt, daß von Gastarbeitern Mieten bis zu 17,-- DM je qm für miserable Wohnungen verlangt werden. Ein

zweites Beispiel: die 750.000 ausländischen Arbeiterinnen in der BRD sind durchweg in die niedrigen Lohngruppen 1 und 2 eingestuft; dadurch sparen die Arbeitgeber DM 1 bis 1,50 je Stunde an Löhnen gegenüber deutschen Arbeitskräften. Hier taucht die Frage auf, ob durch die Gastarbeiter das Lohnniveau tendenziell niedriger gehalten und eine Rationalisierung verhindert wird.

In Recklinghausen wurde kategorisch eine Änderung der bisherigen Einwanderungspolitik gefordert. Künftig soll es nicht mehr allein wie bisher den Unternehmern überlassen bleiben, wieviele Ausländer beschäftigt werden. Der Zuzug soll "kanalisiert" und die Anwerbungspauschale soll auf DM 1.000,- erhöht werden. Es ist in einigen Städten schon der Punkt erreicht, wo die mangelnde soziale und öffentliche Infrastruktur (Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Parkplätze, Umweltverschmutzung) einen weiteren Zuzug einfach nicht mehr zuläßt.

Das von einigen Ländern praktizierte Verfahren der Zwangsrotation wurde in Recklinghausen ebenso abgelehnt wie eine Einbürgerung. Den nationalen und europäischen Stellen wurde nicht zu Unrecht der Vorwurf gemacht, sie hätten sich 15 Jahre nicht um das Gastarbeiterproblem gekümmert. Jetzt ist nur noch eine europäische Lösung denkbar. Große Hoffnungen setzen die Gewerkschaften in der EG auf die europäische Sozial- und Regionalpolitik, die auf dem letzten Europa-Gipfel beschlossen wurden. Bis Ende 1973 soll das sozialpolitische Aktionsprogramm der EG gebilligt sein. Es sieht eine Koordinierung der Einwanderungspolitik bis Ende 1974 vor. Notwendig erscheint jedoch ein Globalkonzept für den Mittelmeerraum mit dem Ziel, dort Arbeitsplätze zu schaffen. Nur so können auf die Dauer die krassen sozio-ökonomischen Unterschiede in der EG überwunden und die Wirtschafts- und Währungsunion errichtet werden. Mit dem Sozial-, dem Regional- und dem Agrarfonds verfügt Brüssel bereits über die Instrumente einer europäischen Regionalstrukturpolitik. DGB-Bundesvorstandsmitglied Franz Woschesch forderte, die EG solle sich ebenso stark für die Gastarbeiter wie für die Bauern engagieren.

Die europäischen Gewerkschaften wollen bis Ende 1973 eine "Charta der ausländischen Arbeitnehmer" verabschieden. Wie es ihrer Rolle zukommt, sind die Gewerkschaften die ersten Fürsprecher der ausländischen Kollegen. Indessen bleibt zu hoffen, daß diese Solidarität auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit gilt. Bedauerlich am diesjährigen Europa-Gespräch war, daß Engländer und Franzosen fehlten. Dafür waren die EG-Neulinge Irland und Dänemark vertreten. Ein irischer Gewerkschaftler konnte am Schluß sagen: "Ich habe das soziale Gewissen Deutschlands kennengelernt".

Egon C. Heinrich
(-/28.5.1973/ks/ex)